

Wettbewerber attackieren E-Postbrief

Ein Konsortium rund um den Internetprovider I&I stellt auf der IT-Messe CeBIT sein Konkurrenzmodell De-Mail vor.

Christoph Schlautmann
Karlsruhe

Die enttäuschende Nachfrage nach dem E-Postbrief, den die Deutsche Post vor anderthalb Jahren ins Rennen schickte, hält Wettbewerber nicht von eigenen Plänen ab. „Wir werden unsere ‚De-Mail‘ am 6. März auf der CeBIT in Hannover vorstellen“, kündigte Jan Oetjen, Vorstand der I&I Internet AG, gegenüber dem Handelsblatt an. Das Konsortium, dem neben I&I auch die Deutsche Telekom und Mentana Claimsoft angehören, hatte den Start mehrfach verschoben.

Die verschlüsselten E-Mails werden so sicher und rechtsverbindlich sein wie herkömmliche Geschäftsbriefe. Kunden sollen sie ab der zweiten Jahreshälfte nutzen können. „Von den 150 Briefen, die jeder Deutsche durchschnittlich pro Jahr erhält, könnten dann zu künftig 80 Prozent durch die elektronische Post ersetzt werden“, glaubt Oetjen, der auch Chef der E-Mail-Portale Web.de und GMX ist.

Bislang entwickelt sich die dokumentenechte Variante der E-Mails mehr als schleppend. Marktforschungsfirmen wie Comscore, Doubleclick Ad Planner oder Alexa zählen in den vergangenen Monaten durchschnittlich 200 000 Nutzer für den E-Postbrief. Selbst wenn alle den Höchstpreis von 55 Cent zahlen, den die Deutsche Post für die verschlüsselte und authentifizierte E-Mail verlangt, kommt die Post nur auf einen Jahresumsatz von 1,3 Millionen Euro.

Das aber dürfte weit weniger sein, als der Bonner Konzern in die Werbung für den E-Postbrief steckte. Neben Zeitungsannoncen hatte die Post den Start mit opulenter Bandenreklame in Fußballstadien und im Formel-1-Zirkus begleitet. Der Misere will Post-Chef Frank Appel nun mit einer weiteren technischen Aufrüstung gegensteuern, die den E-Postbrief nutzerfreundlicher machen soll.

Experten aber machen den Frühstart der Deutschen Post verantwortlich für das geringe Interesse

an der rechtssicheren E-Mail. Obwohl es damals noch keine gesetzlichen Grundlagen gab, waren die Bonner Mitte 2010 mit ihrem E-Postbrief vorgeprescht. Zuvor hatten sie das Konsortium um I&I verlassen, das ursprünglich eine gemeinsame „De-Mail“-Lösung ausarbeiten sollte.

Der Pferdefuß: Das geplante E-Governments-Gesetz, das Deutschlands Verwaltungen den Umgang mit der rechtssicheren E-Mail vorschreibt, lässt immer noch auf sich warten. Daher können bis heute nicht einmal Hundesteuerbescheide rechtssicher auf elektronischem Wege zugestellt werden. Erst in diesem Sommer, hofft man bei I&I, könnte es mit dem notwendigen Gesetz so weit sein.

Dann aber könnte der Vorsprung der Deutschen Post bald schwinden. Allein die E-Mail-Dienste I&I, Web.de und GMX, die der I&I Internet AG unterstehen, besitzen nach einer Erhebung von Convios Consulting einen Marktanteil von zusammen 55,2 Prozent. Innerhalb des De-Mail-Konsortiums kommt noch der Telekom-Dienst T-Online mit weiteren 14 Prozent hinzu. Die Deutsche Post erreicht dagegen mit ihrem E-Postbrief-Account gerade einmal 0,3 Prozent aller E-Mail-Nutzer.

Und anders als die Konsortialpartner ihren Nutzern keine neuen E-Mail-Postfächer verkaufen. Die bisherigen Accounts erhalten lediglich einen weiteren Ordner, in dem registrierte De-Mail-Kunden ihre

rechtssichere Korrespondenz erledigen. Zudem will I&I die Gebühr von 55 Cent der Deutschen Post unterbieten. „Wir werden in jedem Fall unter diesem Preis bleiben“, sagt Oetjen.

Dass dokumentenechte E-Mails eine Marktchance besitzen, zeigt sich in Finnland. Dort bietet die finnische Post-Tochter Itella sichere E-Mail-Postfächer, in denen jährlich fünf bis sechs Millionen elektronische Zusendungen landen. Auf die deutsche Bevölkerung umgerechnet käme dies sieben Millionen De-Mails pro Monat gleich.

In Dänemark, wo der Versand für die Endkunden kostenlos ist, bezahlt inzwischen jeder zweite Haushalt einen sicheren E-Mail-Account. Sogar in Italien hat sich die rechtssichere E-Mail zu einem Renner entwickelt, obwohl dort der Standard-Account pro Jahr zehn Euro kostet. Der Trick: Die Behörden drohen Gevertreibenden kurzerhand mit einer Strafe von 10 000 Euro, falls sie dem Finanzamt keinen elektronischen Zugang anbieten.



„Von den heutigen Briefen könnten künftig 80 Prozent durch die elektronische Post ersetzt werden.“

Jan Oetjen
Vorstand I&I Internet AG